



Die Beauftragte
des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Aufarbeitungsbeauftragte Dr. Maria Nooke

Grußwort zur Zentralen Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg am 17. Juni 2024 in Brandenburg an der Havel

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt,
sehr geehrte Damen und Herrn,

es war am frühen Vormittag des 17. Juni 1953, als die Moskauer Kreml-Führung in einer Notfallsitzung zusammenkam und kurz entschlossen die Entscheidung traf, in der DDR keinen Aufstand zuzulassen. Außenminister Molotow erinnerte sich, dass es Geheimdienstchef Berija gewesen sei, der damals als einer der ersten sagte: „Niederschlagen! Erbarmungslos! Unverzüglich!“.

Bereits zu diesem Zeitpunkt, als noch tausende Hennigsdorfer Stahlwerkerinnen und Stahlwerker zum Ost-Berliner Haus der Ministerien marschierten, war das gewaltsame Ende besiegelt. Wenig später waren mehr als 20 000 sowjetische Soldaten und hunderte Panzer in und um Ost-Berlin zusammengezogen. In fast allen DDR-Kreisen wurde der Ausnahmezustand ausgerufen und das Ende der Proteste militärisch erzwungen. Über 4.400 Menschen wurden verhaftet, mehr als 50 starben.

Doch ungeachtet des Scheiterns gehört der 17. Juni 1953 zu den bedeutsamsten Ereignissen der ostdeutschen Geschichte. Nicht ohne Grund: Es war der erste große Massenprotest gegen die kommunistische Herrschaft im Ostblock. In mehr als 700 Orten in der DDR regte sich Widerstand. Es war eine Erhebung, wo nicht nur politische Teilforderungen gestellt wurden, sondern vielerorts ein radikaler Systemwechsel verlangt wurde. Der Aufstand und seine Niederschlagung prägten nicht nur das Schicksal vieler Ostdeutscher, sondern auch die SED-Politik, sodass Stasi-Chef Mielke noch im August 1989 beunruhigt seine Generäle fragte, ob es denn so sei, „dass morgen der 17. Juni ausbricht“.

Auch in Brandenburg protestierten 1953 viele Menschen gegen Normerhöhungen und Unfreiheit. Sie forderten freie Wahlen und die Wiedervereinigung, somit das Ende der SED-Diktatur. Mit diesen Forderungen sorgten die Menschen in der DDR für die größte politische Eruption nach 1945.

Vier Aspekte charakterisieren das Geschehen in den damaligen Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam:

1. Es war ein Flächenbrand. Kleinste Protesthandlungen bis zu Demonstrationen und Streiks sind aus rund 150 Brandenburger Orten überliefert – aktuelle Schätzungen reichen sogar bis zu 180 Orten. Die Anzahl von 45-50.000 Streikenden allein im Bezirk Potsdam gehörte im DDR-Vergleich zu den höchsten im Land.

2. Der Protest spielte sich – in der Fläche betrachtet – vor allem in mittleren und Kleinstädten sowie Dörfern ab. Die Menschen gingen nicht nur hier in Brandenburg (Havel), sondern auch in Werder, Niemegeck oder Schmergow in Potsdam-Mittelmark auf die Straße und stellten ihre Forderungen. In diesen kleinen Orten, wo kaum Anonymität herrschte, war das besonders mutig.

Und nicht zu vergessen:

3. Obwohl die Erhebung meist von der Arbeiterschaft in Betrieben und auf Großbaustellen ausging, machten auch auffällig viele Bauern mit – das sehen wir in Teltow-Fläming ebenso wie in Ost-Prignitz oder Dahme-Spreewald. Sie protestierten gegen die Kollektivierung und das Enge der SED-Herrschaft.

4. Und schließlich haben Recherchen gezeigt, dass es gerade auf dem Gebiet von Brandenburg ein langer, mehrtägiger Aufstand war, der seinen Höhepunkt vielerorts erst nach dem 17. Juni, also an den beiden Folgetagen erreichte. Insgesamt dauerten die Unruhen bis zum 21./22. Juni an, wie bspw. in Falkenberg im heutigen Kreis Elbe-Elster, wo 150 Personen noch zu diesem Zeitpunkt den Abzug sowjetischer Panzer forderten. Umgekehrt brachen die ersten Streiks in Brandenburg schon viel früher aus, nämlich Ende Mai, als am 26. Mai in Finsterwalde 1.200 Beschäftigte der Schraubenfabrik TEWA, des Maschinenbaus und der Schweißelektrodenfabrik wegen Normerhöhungen ihre Arbeit niederlegten. Auch hier in Ihrer Stadt begannen die Proteste schon am 17. Juni. Anlass war die Verhaftung des Fuhrunternehmers Taege, dessen Freilassung unter dem Druck der Protestierenden erreicht werden konnte.

Das Gebiet vom Land Brandenburg gehörte zu den Brennpunkten des Volksaufstands in der DDR!

Für die SED war der 17. Juni ein machtpolitisches Desaster und bleibendes Trauma, das in vielerlei Hinsicht nachwirkte: Ein umfassendes Überwachungssystem zur Kontrolle der Bevölkerung wurde eingeführt. Alljährlich herrschte im Juni Ausnahmezustand und höchste Alarmbereitschaft für Polizei und Geheimdienst. Außenpolitisch wirkte das Trauma nach, indem sich das Politbüro besonders scharf gegen die Demokratisierungsversuche 1956 in Ungarn, 1968 in der ČSSR und 1980 in Polen positionierte.

Für die Opfer-Angehörigen, tausende von Verhaftung Betroffene und hunderttausende Beteiligte wiederum bildete der 17. Juni eine gemeinsame Erinnerung, die in der DDR mit einem Schweigegebot belegt und von Angst begleitet war. In der Folge verblassten die Erinnerungen an die Ereignisse von 1953. Erst während der Friedlichen Revolution stellte sich manch einer die bange Frage, ob die Sowjets so wie damals eingreifen würden.

Wir mussten den Aufstand und dessen Bedeutung nach 1989 erst wiederentdecken. Heute wissen wir, welche gewaltige Kraft dieser Aufstand hatte, mit welchem Mut die Menschen ihren Protest auf die

Straße trugen und wie groß der Flächenbrand war. Wir wissen, welchen Preis die Aufständischen für ihren Mut und ihren Einsatz für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zahlen mussten.

Deshalb ist es gut, dass wir uns heute an diesem historischen Ort zurückerinnern und der Opfer gedenken.

Die LAKD hat im letzten Jahr auf der berlinHistory.App ein neues digitales Angebot zum Volksaufstand in Brandenburg eingerichtet. Dort kann man sich via Handy oder Laptop über das konkrete Aufstandsgeschehen in über 140 Brandenburger Orten informieren. Natürlich werden auch die Ereignisse in Brandenburg an der Havel dokumentiert. Gehen Sie einfach rauf auf die App, klicken Sie sich in die Themenkachel zum 17. Juni ein– und empfehlen Sie dieses leicht zugängliche Format Lehrkräften und Bekannten. Sie werden viel Spannendes und Unbekanntes entdecken. Auch so wird die Erinnerung wachgehalten und weitergetragen. Schließlich ging es 1953 um mehr Freiheit und Demokratie, also etwas, was wir heute so selbstverständlich leben und was es zu bewahren gilt.